

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.
des „Mstr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Sesfen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannedoehn in Eibenstock.

56. Jahrgang.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannedoehn in Eibenstock.

Nr. 55.

Dienstag, den 11. Mai

1909.

Diphtherie-Serum mit der Kontrollnummer 232 (geschrieben zweihundertzweiund-
dreißig) aus der Fabrik vorm. C. Schering in Berlin ist wegen bleibender Wirkung zur
Eingiehung bestimmt worden.
Dresden, den 7. Mai 1909.

Ministerium des Innern.

Bekanntmachung.

Die städtischen Anlagen sind wiederholt von Hunden arg geschädigt worden, sodaß sich
ein besonderer Schutz notwendig macht.
Die **Besitzer von Hunden** werden **aufmerksam gemacht**, daß sie zur Bezahlung
des von ihren Hunden verursachten Schadens voll herangezogen werden.
Außerdem werden die Besitzer von Hunden, die in den Anlagen betroffen werden, mit
Geldstrafe bis zu 60 Mark ev. Haft bis zu 1 Woche bestraft.
Eibenstock, den 4. Mai 1909.

Der Stadtrat.
Hesse.

Sperre für den Fahrverkehr wegen einer Schleusenaufgratung wird für kurze
Zeit der **vordere Teil der Winklerstraße** zwischen Neumarkt und Ungerischen Holz-
schleiferei.

Stadtrat Eibenstock, am 8. Mai 1909.
Hesse.

Wandertochkursus betr.

Zu der **Mittwoch, den 12. Mai 1909**, nachmittags 4 Uhr im Saale des Hotels
„zum Schwan“ hier stattfindenden öffentlichen Prüfung der Schülerinnen werden
Interessenten hierdurch eingeladen.

Der Gemeinderat.

Mittwoch, den 12. Mai 1909,

nachmittags 2 Uhr

sollen in der Restauration „Zentralhalle“ hier 1 Sofa, 1 Pfeilerstuhl mit Consol,
1 Auszugstuhl, 1 Glaschrank und 11 Stühle an den Meistbietenden gegen sofortige
Barzahlung versteigert werden.

Eibenstock, den 10. Mai 1909.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Mittwoch, den 12. Mai 1909,

nachmittags 3 Uhr

soll in Hundshübel ein Pianino an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung
versteigert werden. **Notars Galkhof.**

Eibenstock, den 10. Mai 1909.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Tagesgeschichte.

Deutschland. Die schönen Tage von Korsu
sind vorüber. Unser Kaiserpaar trifft am heuti-
gen Montag nach einer Fahrt durch das Ionische Meer
auf der zwischen Sizilien und der afrikanischen Küste
gelegenen britischen Insel Malta ein. Der Herzog von
Connaught empfängt das Kaiserpaar, das durch ein
von den gesamten Truppen der Garnison gebildetes
Spalier zum Palaste fährt. Nach einer Truppenrevue
und einer Automobilsahrt verlassen der Kaiser und
die Kaiserin die Insel, und die Fahrt geht in nörd-
licher Richtung zurück, an Korsu vorüber, nach dem
an dem „Stiefelabzug“ Italiens gelegenen Brindisi, wo
am kommenden Mittwoch die Begegnung unse-
res Kaiserpaars mit dem König und der Königin von Ita-
lien stattfindet. Dieser Zusammenkunft wird von vie-
len Seiten eine hohe politische Bedeutung beigelegt.
Wir meinen, es genügt voll und ganz, wenn durch die Er-
haltung des ungetrübten Verhältnisses zwischen den
Monarchen erwiesen wird. Am Freitag trifft unser
Kaiserpaar dann beim Kaiser Franz Josef in Wien
ein. Daß dieser Besuch aufrichtige Herzenssache ist,
bedarf keines Hinweises.

Dem Grafen Wedel, früheren Botschafter
in Wien, jetzigen Staatsrat der Reichslande, widmet
das Militärwochenblatt zu seinem 50jährigen Militär-
denkjahr als General der Kavallerie einen Glück-
wunschartikel, in dem es am Schluß u. a. heißt: Wir
gedenken in Ehrerbietung des treuen und tapferen Ka-
meraden, der in allen militärischen Dienststellungen das
Vertrauen seiner Vorgesetzten, die Liebe und Verehrung
seiner Untergebenen genossen hat, des ritterlichen Man-
nes, der uns stets ein Vorbild wahrhaft edlen Lebens
gewesen ist und hoffentlich noch lange Jahre ein solches
bleiben wird.

Dem Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt
Lwele wurde der Charakter als Wirklicher Geheim-
rat mit dem Prädikat Erztelns verliehen.

Die Finanzkommission des Reichs-
tags lehnte am Sonnabend voriger Woche die Wein-
steuer ab, um am heutigen Dienstag mit der Tabak-
Steuervorlage ins Gericht zu gehen. Ablehnungen über
Ablehnungen, wie soll da die Reichsfinanzreform zu-
stande kommen! — Die Kommission nahm mit 14 gegen
10 Stimmen den Antrag ihres Ausschusses an, von der
Einführung einer Weinsteuer überhaupt abzusehen, ins-
besondere eine allgemeine Falschweinsteuer abzulehnen.
Damit ist die ganze Regierungsvorlage über die Wein-
steuer von der Kommission abgelehnt, so daß die even-
tuellen Abänderungsvorschläge der Subkommission als
gegenstandslos unter den Tisch fielen. Einstimmig an-
genommen wurde dagegen ein Zentrumsantrag auf Er-
höhung der Schaumweinsteuer. Der Vorschlag der Sub-
kommission auf Besteuerung alkoholfreier Getränke wur-
de durch die Ablehnung des Weinsteuergesetzes gleich-
falls gegenstandslos.

Ueber die Lage der Reichsfinanzre-
form äußert sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ u. a. fol-
gendermaßen: In der großen Frage, die die Gemüter
aller Deutschen beschäftigt, ob es gelingen werde, die
Finanzreform noch in diesem Sommer zustande zu brin-

gen, ist ein wesentlicher Fortschritt während der letzten
Wochen nicht festzustellen. Die politische Situation ist
unverändert, und ein Ausweg aus den sich türmenden
Schwierigkeiten noch nicht zu erkennen. Die Finanz-
kommission hat während der vergangenen Woche ener-
gisch gearbeitet, das Branntweinsteuergesetz zu Ende
geführt, und auch die Beratungen der aus der Subkom-
mission zurückgelangten Weinsteuer noch beendet. Lei-
der entsprechen die positiven Ergebnisse für die Reichs-
finanzen nicht den gehegten Erwartungen. Es sei ganz
davon abgesehen, ob die Neuregelung der Branntwein-
steuer den verschiedenartigen in Frage kommenden In-
teressen in der richtigen Weise entgegenkommt. Fest-
zustellen ist aber, daß auch das finanzielle Endergebnis
nicht unwesentlich hinter dem zurückbleibt, was in dem
Reformplan angesetzt war und die Zustimmung der weit-
aus größten Mehrheit des Reichstags gefunden hatte.

Was die Finanzkommission hier an den Einnahmen
strich, hat zur selben Zeit die Budgetkommission auf
der andern Seite an den Ausgaben zugefügt. Die von
der Budgetkommission beschlossene Erhöhung der Be-
amtengehälter bedeutet eine Steigerung des Reichs-
aufwandes für diese Zwecke um über 26 Millionen Mk.
So sehr eine Aufbesserung der Beamtenegehälter allen
Faktoren der Gesetzgebung am Herzen liegt, so sehr
muß dieser Beschluß bedauert werden. Er steht im
Widerspruch zu dem von den verbündeten Regierungen
proklamierten und von der gesamten öffentlichen Mei-
nung mit nachdrücklicher Zustimmung aufgenommenen
Grundsatz, daß keine neuen Ausgaben ohne entspre-
chende Einnahmen bewilligt werden dürfen. Nur un-
ter diesem Gesichtspunkt hat überhaupt die Anforder-
ung von 500 Millionen neuen Steuern die Zustimmung
der Allgemeinheit finden können. — Die verbün-
deten Regierungen werden an dem Grundsatz: „Keine
Ausgaben ohne Einnahmen“, als dem Fundamentalsatz
einer geordneten Finanzwirtschaft unter allen Um-
ständen festhalten. Sie geben die Hoffnung noch nicht
auf, daß die Erkenntnis der Staatsnotwendigkeit und
das politische Verantwortlichkeitsgefühl den Reichstag
zu dem Entschluß nötigen werden, dem bisherigen Zu-
stande ein Ende zu machen und trotz aller Schwierig-
keiten noch in diesem Sommer eine volle Deckung des
Reichsbedarfs zu beschaffen.

Die Aufbesserung der Reichsbeamten
ist, soweit der Wohnungsgeldzuschuß in Betracht kommt,
geregelt. Die Kommission ist zwar auch hierin etwas
über die Bestimmungen des Regierungsentwurfs hin-
ausgegangen; der Unterschied ist aber so geringfügig,
daß die Zustimmung des Plenums und danach die des
Bundesrats gesichert erscheint. Dagegen sind bekannt-
lich die von der Kommission beschlossenen Gehalts-
erhöhungen seitens der Regierungsvertreter für un-
annehmbar erklärt worden. In dieser Beziehung wird
das Plenum des Reichstags also ein Loch zurückstopfen
müssen, damit überhaupt etwas zustande kommt.

Die Übungen unserer Hochseeflotte
in der Nordsee vollziehen sich in dem bekannten
Rahmen. Es ist das alte Wanderverfeld bei Helgoland.
Vorläufig übt jedes Geschwader für sich; der Geschwa-
derchef Prinz Heinrich, welcher noch in Kiel ist, wird
sich in den nächsten Tagen nach dem Operationsgebiet
begeben und dann werden beide Geschwader ge-

gen einander üben. Die Übungen werden sich
bis in den Juni hineinziehen.

Der Auktions-Ladenschluß in Deutsch-
land war am 1. Januar 1909 in 501 Gemeinden ein-
geführt. Wie das vom „Deutschnationalen Handlungs-
gehilfenverband“ herausgegebene „Archiv für kauf-
männische Sozialpolitik“ mitteilt, befinden sich darun-
ter 34 Großstädte mit über 100 000 Einwohnern, 36
Städte mit 50 000 bis 100 000, 110 mit 20 000 bis 50 000,
194 Städte mit 5 000 bis 20 000 und 127 Orte mit weni-
ger als 5 000 Einwohnern. Die Bewegung, die an-
fangs nur zögernd vorwärts kam (im Jahre 1900 be-
gann sie mit 15 Gemeinden, 1904 wies sie Erfolge in
32 Orten auf), ist in den letzten Jahren rasch fortge-
schritten: 1905 führten 60, 1906 74, 1907 93 den
Auktions-Ladenschluß neu ein, und 1908 stieg die Zahl
auf 153.

Deutsche Baumwolle. In unserer Kolonie
Deutsch-Ostafrika haben sich zwei neue Baumwol-
lenbau-Gesellschaften aufgetan, die mit ziem-
lichem Kapital arbeiten. Das ist wieder ein Beweis
für die Vorzüglichkeit jener weiten Länderstriche für
den Baumwollbau. Die Zeiten werden nicht mehr fern
sein, wo wir den Import in Baumwolle aus Ameri-
ka, das heute den Riesenanteil an der Deckung unseres
Bedarfs hat, um ein sehr Erhebliches reduzieren kön-
nen. Das Geld kann im eigenen Lande bleiben, es
braucht nicht zu Panlees zu wandern, die nur ein nach-
tes Profitinteresse im Auge haben. Die deutschostafri-
kanische Baumwoll-Industrie macht so große Fortschrit-
te, daß sie auf der im Mai in Berlin stattfindenden Kol-
onialausstellung in einer eigenen Abteilung vertreten
sein wird.

Frankreich. Das Streikfieber in Frank-
reich. Kampfbereit stehen sich in französischen Post-
streit die beiden Parteien gegenüber, doch will es den
Anschein haben, als ob die Regierung die besten Trüm-
mer in der Hand hat und der Zukunft mit Ruhe ent-
gegensteht. So fällt auch die Erkrankung Clemenceaus,
durch die der Ministerpräsident der unmittelbaren Lei-
tung des Kabinetts entrückt ist, nicht zu schwer ins Ge-
wicht. Die Regierung hat seit dem Streik im März
hinreichend Zeit gewonnen, sich auf alle Eventuali-
täten einzurichten. Sie hat zahlreiche Militärtelegra-
phisten in der Bedienung der Apparate ausbilden las-
sen und bereits damit begonnen, diese Leute allmählich
nach der Hauptstadt zu ziehen, wo sie im Augenblick
des Streiks einspringen werden, um so die Abwicklung
des Verkehrs wenigstens in den notwendigsten For-
men zu ermöglichen. Diese Militärtelegraphisten sind
unbedingt zuverlässig. Minister Barthou erklärte aus-
bestimmteste, die Regierung werde keinerlei Insubordi-
nationen und vor allem nicht die gefährliche Synbi-
katsbildung der Postleute dulden. In letzterer ist übri-
gens ein Verstoß der Beamten gegen Gesetzesbestim-
mungen der Republik zu erblicken. Die Beamten selbst
agieren noch kräftig für die Idee des Generalaus-
standes, scheinen aber an der Grenze dessen, was sich
damit erreichen ließ, angekommen zu sein. Der Kon-
greß der Deutscher und Lokomotivführer der Paris-Lyon-
Mittelmeerbahn hat sich gegen den Generalausstand
und die Anwendung anderer Gewaltmaßregeln ausge-
sprochen.